

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

h21
Dritte Ausgabe

Wien, Dienstag, den 21. Dezember 1926.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 21. Dezember 1926.

Fortsetzung der Beratungen des Voranschlages.

Gemeinderat Schorsch eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Gemeinderat Stöger setzt seine Rede fort. Er beschäftigt sich ausführlich mit der Personalpolitik der Gemeindeverwaltung. Stadtrat Breitner hat vor Jahren den Angestellten gesagt, organisiert Euch und stellt Lohnforderungen. Über die Bedeckung Eurer Forderungen braucht ihr Euch nicht zu kümmern. Es wurde der Verband der städtischen Angestellten gegründet, der dann ein Parteinstrument wurde. Der Führer der Angestellten wurde vor dem Parteikarren gespannt, er wurde Nationalrat der sozialdemokratischen Partei. Was hat man alles damals versprochen. Den Wohnungslosen Wohnungen, den Besitzlosen gleichen Besitz, dem Waschweib die Gleichstellung mit dem Universitätsassistenten, das waren die Versprechungen. Sogar den Pöbel verheimelte man, in dem man von ihm sagte: Ich beuge mich vor der Majestät des Volkes. Was aber den Versprechungen folgte, war keine Erfüllung eines nur einzigen Versprechens. Den Angestellten wurden die Früchte der Organisation nicht nur vorenthalten, sondern sogar weggenommen. Das Bild, das heute die Gemeindeverwaltung als Dienstgeberin bietet, ist eine Schande für Wien. Auf dem Burgtor lesen wir: *Justitia fundamentum regnorum*. (Die Gerechtigkeit sei die Grundlage der Reiche). Was gilt Gerechtigkeit im Wiener Rathaus. Auf der stolzen Burg der Wiener Bürger soll eigentlich die Aufschrift stehen: Alles den Parteigütern!

Die weiteren Ausführungen des Redners beschäftigen sich auch fernerhin mit der Personalpolitik der Gemeindeverwaltung. Er kritisiert den Schiedsspruch der Gewerkschaftskommission bezüglich der Forderungen der städtischen Angestellten und besonders, dass die Sozialdemokratischen Gemeinderäte Schorsch und Weigl neben dem Sozialdemokraten Mühlberger den Schiedsspruch gefällt haben. Der Redner weist dann darauf hin, dass die Personalauslagen des Bundes gegenüber denen der Gemeinde Wien bedeutend höher sind. Der Bund hat etwa 20.000 aktive Angestellte, und 146.320 Pensionisten. Die Gemeinde Wien hat, ausgenommen die Angestellten der städtischen Unternehmungen, 25.840 aktiv dienende Angestellte, denen 9.577 Pensionisten gegenüberstehen. Eine scharfe Kritik des Redners findet auch der Umstand, dass die Gemeinde im Personalfragen nur mit dem Verband der städtischen Angestellten verhandelt. Warum die Gemeinde nicht mit den anderen Organisationen verhandelt, ist klar. Die anderen Organisationen liessen sich eben nicht kaufen und die Gemeinde will nur mit einem gefügigen Personal Lohnregelungen durchführen. Stadtrat Speiser stellt sich auf den Standpunkt, dass er nur mit den Mehrheitsorganisationen zu verhandeln habe. Das ist ein Faustschlag für den Paragraph 71 der Dienstordnung, der Verhandlungen mit allen Organisationen vorsieht.

Schon dämmert es gewaltig im Heerlager der Angestellten. Entweder Ihre Verbandsleitung gesundet und bricht mit der Vergangenheit, oder das städtische Personal wird die wahren Lohndrücker abschütteln und den Dienstgeber zwingen die Lohnfrage nach dem Grundsatz zu lösen: Wie die Arbeit, so der Lohn. Die gerechten Forderungen des städtischen Personals müssen endlich erfüllt werden. Dazu gehört zunächst die schrittweise Valorisierung der Gehälter. Angesichts der prallen Gemeindegassen und der aufreibenden Tätigkeit des Personals ist ein weiteres Wort der Begründung überflüssig. Die Lösung der Quartiergeldfrage ist eine dringende Notwendigkeit. Im Frieden war der Zuschuss so, dass mit diesem Beitrag auch die Anschaffung manchen Kleidungsstückes Bedeckung finden konnte. Heute steigt der Zins immerwährend, ich zahle beispielsweise vierteljährig bereits 250.000 Kronen, eine Summe, die lediglich auf Kosten von Bekleidung geht. Die Lüge vom gehaltenen Mieterschutz passiert doch nur auf einem Egoismus breiter Massen.

Redner verlangt sodann eine Besserstellung der invaliden städtischen Bediensteten. Sehr notwendig ist auch, dass einmal bei Aufnahmen und Avancementen nicht parteimässig vorgegangen werde. Der Hass gegen die Religion muss ebenfalls zurückgedrängt werden. Auch muss in der Darlehenspolitik Remedur geschaffen werden. Die Familienzulagen, die die Gemeinde ihren Angestellten gewährt sind nicht entsprechend und müssen erhöht werden. In sehr ausführlicher Weise beschäftigt sich nun Gemeinderat Stöger mit dem Winexprozess. Er verliest im Auszuge die Anklageschrift, sowie einzelne Stellen des Angeklagten- und Zeugenverhöres, glossiert sie und die Mitglieder der Minderheit begleiten diese Verlesungen mit zahlreichen ironischen ⁴wischeßsen.

Um $\frac{1}{2}$ 9 Uhr unterbricht der Bürgermeister den Redner mit der Frage, ob er die Absicht habe, seine Ausführungen morgen fortzusetzen, was Gemeinderat Stöger bejaht.

Bürgermeister Seitz sagt dann, Herr Gemeinderat Zimmerl hat Aufklärung über seinen gestern gestellten Antrag auf Schluss der Sitzung verlangt. Ich habe tatsächlich übersehen, dass Gemeinderat Haider noch beim Worte gewesen ist, Daher habe ich dem Herrn Gemeinderat Zimmerl das Wort erteilt. Das ist natürlich unter den obwaltenden Umständen nicht zulässig. Da inzwischen - nämlich gestern um 1 Uhr mittags - der Schluss der Sitzung eingetreten ist, ist ^{der Antrag} des Herrn Gemeinderates hinfällig.

Fortsetzung der Generaldebatte morgen 10 Uhr vormittags.

.....